

vollsten Rohstoff unserer Gesellschaft“ proklamiert, die staatliche Alimentierung von Bildungsinstitutionen sukzessive abbaut. Wenn aber einerseits einem immer größeren Gesellschaftsanteil akademische „Bildung“ zuteil werden soll, dessen „Ausbildung“ jedoch andererseits immer verschulter, flacher und kürzer wird, besteht die akute Gefahr, dass unsere gesamte Wissenschaft, in Forschung und Lehre, massiv an Qualität einbüßt.

Ungeachtet des weiteren Fortgangs der Hochschulstreiks kann deshalb nur eines gelten: Humboldtianer aller Generationen vereinigt euch! Es ist höchste Zeit, der Fusionierung, „Entrümpelung“ und Vermarktwirtschaftung von Wissen entgegenzuwirken.

Narr, Wolf-Dieter (2004): Universität in Bewegung. Wider die reduktionistische Gleichschaltung der Hochschulen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 49 (2), S. 192–198. Online verfügbar unter <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2004/februar/universitaet-in-bewegung-4>

Wolf-Dieter Narr

Wider die reduktionistische Gleichschaltung der Hochschulen

Die gegenwärtige Hochschulpolitik ist vor allem durch die Debatte selektiver finanzieller Kürzungen bestimmt. Gegen sie richtet sich auch die studentische Opposition. Vornehmlich werden die schon erfolgten und die noch geplanten Kürzungen zwar mit der aktuellen Konjunktur und der damit verbundenen schlechten Haushaltslage begründet. Längerfristig von größerer Bedeutung ist jedoch das zunehmend vorherrschende Verständnis von Universitäten, das allein deren ökonomische Funktionalität in der verschärften internationalen Konkurrenz zum – interpretationsoffenen – Maßstab nimmt. Das bedeutet: Die Universitäten haben in der Lehre professionelle Service- und habituelle Durchschleusaufgaben; in der Forschung zählen, soweit sie überhaupt universitär betrieben wird, allein die Fächer, deren wissenschaftlich-technologische Innovationen ökonomisch expansiv verwertbar sind. Der sogenannte Bologna-Prozess europäischer Angleichung eignet sich hierbei prächtig zur Durchsetzung dieser Politik von oben. Die europäische Einigung fungiert als Legitimationsauce. Wer, außer bornierten Nationaldemokraten, wollte sich schon gegen „Europa“ kehren?!

Rückschritte seit den 70er Jahren

Die oppositionelle studentische „Bewegung“ ist in Gefahr, zwei Aspekte zu verkennen. Zum einen, dass die längerfristigen Ziele seit langem verfolgt werden: zu kürzen, zu straffen und einzelne Fachgruppen zu privilegieren.

Neuerdings gilt dies allerdings in verstärktem Maße. Diesen Zielen gehorcht die Hochschul-Antipolitik seit Ende des „kurzen Sommers“ der Expansion Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre – mit Hilfe der spannungsreichen Leitformeln der bildungsökonomisch ausgereizten „Bildungskatastrophe“ und der liberaldemokratisch-bildungspolitischen Devise „Bildung ist Bürgerrecht“.

Zum anderen droht die Kritik, die auf quantitative Kürzungen und auf neue Zahlungen, etwa einer Studiengebühr, ausgerichtet ist, die qualitativen Veränderungen zu verkennen: solche, die schon stattgefunden haben, wie solche, die neuerdings unter europäischer Flagge in Gang gesetzt werden.

An erster Stelle ist unter den schon in den 70er Jahren initiierten Versuchen, den Geist einer potentiell alle Bürgerinnen und Bürger umfassenden Universitätsbildung wieder in eine mehrfach unterteilte Flasche mit engem Hals zurückzuzwingen, der Numerus clausus (NC) zu nennen. Nachdem derselbe in den frühen 70ern zunächst nur für wenige Fächer an manchen Universitäten galt, wurde er seither zum konstitutiven Hochschul-Faktor. In seinem sachlich-grundrechtlich stimmigen NC-Urteil entschied das Bundesverfassungsgericht 1972 zwar zu Recht, dass der NC nur als vorübergehende Notmaßnahme zulässig sei, seitdem entwickelte er sich dennoch zu dem restriktiv verschärften Mittel der Zuweisung, der Kanalisierung und des Ausschlusses, als das er heute existiert. Wirksamer noch fördert der NC scheuklappige Konkurrenz, Notenfixierungen und stromlinienförmiges Verhalten bis hinunter zur Vorschule. Auf sublimere und indirektere Weise ist er Ausdruck einer schwarzen Pädagogik.

Der Wirkung der Einlasskontrolle des NC und seiner Auswahlmodi steht die schon lange geltende, jedoch ungleich dichter und enger gewordene faktische Abschluss- und Abnahmekontrolle durch den Arbeitsmarkt kaum nach. Letzterer macht alle Bildungsanstalten zu abhängigen Größen eines nicht einmal mittelfristig vorweg ausrechenbaren, hochgradig machtdurchsetzten Marktes. Von einem modern-postmodernen „Markt der Möglichkeiten“ studentisch individuell gewählter „Bastelbiographien“ kann keine Rede sein. Stattdessen wirkt die Abnahmekontrolle tief in die Universität und in die einzelnen Fächer hinein. Und auch dort, wo spezifische arbeitsmarktpolitische Anforderungen nicht ausgemacht werden können, erklärt man, in der Binnenorientierung und im Außenverlangen kognitiv-habituell eingeschüchtert, „Mobilität“ und „Flexibilität“ zu Schlüsselqualifikationen. Kurzum: „Der flexible Mensch“ wird verlangt.

Bürokratische Entleerung

Studentenbewegung und magere, auf gruppenspezifische Mitbestimmungsschlüssel fixierte, sich in rascher Gesetzesfolge rasch zu Tode hetzende Universitätsreformen ließen das drängende Problem der universitären Größenordnungen missachten. Dieses gehörte schon zu den Bedingungsfaktoren der 67er-Bewegung. Die Expansionsphase verstärkte die schon zuvor drückende

Gigantomanie. Riesige Studentenzahlen, meist hässliche Gebäudekomplexe, die die Asozialität selbst im umbauten Raum fördern, bestimmen seither die Multiversity. Sie wird nur noch von Bürokratien zusammengehalten: der (oft sehr inkompetente) universitären Selbstverwaltung, der unmäßig ausgedehnten allgemeinen Universitätsverwaltung und – der Dritten im Bürokratiehoch – der sogenannten politischen Kultusverwaltung. Diese überschneiden sich teilweise, verheddern und blockieren sich. Insgesamt gaben und geben sie in jedem Fall der bürokratischen Prozedur und ihrer lehr-, lern- und forschungsabstrakten Logik den Vorrang. Was Wunder, dass die schon zuvor nur propagandistisch berufene „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ in eitel Dunst und Schein erstrahlt.

Der erste Ausbausubstanz neuer Universitäten mit seinen zum Teil erheblich ansteigenden Zahlen von Lehrenden und Lernenden war, trotz seiner bürokratischen Folgelasten, noch beeindruckend. Selbst Arbeiter- und Bauernkinder und in den höheren Statusregionen auch Frauen erhielten eine Chance, unbeschadet aller fortbestehenden Hürden und wenig förderlichen Bedingungen. Indes ging all den heterogenen Reformern und ihrem Gefolge bald der Atem und das herrschende Interesse aus. Die bildungsökonomischen Hochrechnungen und frühen Warnungen hatten sich, selbst methodisch, allzu bald verbraucht. Daraus aber folgte, dass die notwendigen Konsequenzen des Aus- und Umbaus nicht gezogen wurden. Am auffälligsten klappte bald die Lücke im sogenannten akademischen Nachwuchs. Damit ergraute nicht nur der „Lehrkörper“ im buchstäblichen Sinne und verkümmerte die lehrend forschende Kreativität und studentische Nähe durch fehlende altersgemischte Lehrende. Vielmehr geriet zum einen die innerakademische Karriere, samt der kognitiv und habituell konformierenden Karriereprüfung Habilitation (die ansonsten jeder Rationalität entbehrt), darüber erneut zur „Ochsentour“. Zum anderen waren längst überfällige Lehr- und Lernreformen allein schon quantitativ nicht mehr möglich.

Als Ergebnis bot sich am Ende des 20. Jahrhunderts darum eine Einrichtung, Universität genannt, ohne besondere, den großen Fragen der Zeit korrespondierende, soziale und intellektuelle Eigenschaften. Dass die Universität, ihre Professoren vor allem, aber selbstredend auch die Studierenden, aus in den Strukturen der „alten“ Ordinariatenuniversität ankernden Gründen in der ersten Hälfte des Jahrhunderts kollektiv und nahezu durchgehend in beschämender Weise individuell versagt hatten, bewirkte schon in der Gründungsphase der Bundesrepublik zwischen 1945 und 49 ob der kollektiv-restaurativen Fixierung keinen Reformschub. Derselbe blieb trotz mancher Ansätze auch nach 1967 aus. Und heute gleichen die Universitäten vollends neu-alten Bahnhöfen. Neue Gleise für ICE-Fächer sind gelegt und werden, universitärer Bahnhof hin oder her, rasant in neoliberalen Tempo und in entsprechender Zielrichtung befahren. Indes sind auch noch viele andere Bummelzuggleise und Rangiermöglichkeiten, die „man“ „eigentlich“ angesichts der wissenschaftlichen just-in-time-production nicht mehr bräuchte, vorhanden. Eine unübersichtliche „Landschaft“ ungleichzeitiger „Bauträger“, die geradezu nach neuen (kapital-)stromli-

nienförmigen „Reformen“ schreit – so stellt sich die gegenwärtige Situation dar.

Formell besteht „Chancengleichheit“. Bildungspolitik kann die feinen und groben sozialen Unterschiede ohnehin nur mildern. Mit Hilfe der vom NC angeführten, jüngst durch die Einführung des Kurzstudiums ergänzten Phalanx von Maßnahmen, zu der sich bald Studiengebühren, Stipendienmangel und anderes mehr gesellen werden, werden die diversen Hochschulen jedoch erneut, wie schon bis tief in die 60er Jahre, dazu benutzt, die Klassenunterschiede zu verschärfen. Die Kommerzialisierung und „Vermarktung“ der Universitätsruinen erlaubt es freilich, nicht nur den Schein aufrechtzuerhalten, all dies bewege sich im normativen Rahmen von Grundrechten und Demokratie. Vielmehr werden nun die Klassenbildungen und ihre Folgen (fiktiv) individualisiert und naturalisiert. Ist nicht jede selbst für ihren Notenschnitt im Abitur oder anderwärts „verantwortlich“? Wählt nicht jeder selbst, ob er nur den neuen kompetenzhohlen Bachelor oder ein „normales“, nun „langes“ Studium mit Diplomabschluss oder Ähnliches anpeilt?

Worthäckseln in der Bildungsmühle

Der bildungspolitisch-pädagogische Jargon war schon immer in Gefahr, der Volksliedmühle schäumend zuzufließen. „Es klappert die Mühle am rauschenden Bach. Klipp. Klapp.“ Nun wird die Bildungsmühle aber vollends mit Worthäckseln gefüttert. Es wird „modularisiert“ und „evaluiert“. Das knapp gehaltene, fachbourniert getrimmte Studium ist vom ersten Moment an in eng geschnürten Stiefeln mit vorgezählten Schritten ordentlich und pünktlich zu gehen. Die „Idee“ der Modularisierung, wenn diese widersprüchliche Formulierung erlaubt ist, besteht in der Annahme, man könne die Studiengänge in eine Folge von Fertiggerichten aufteilen. Diese erlaubten dann ein Lob der Routine des Lehrens wie des dauernden Prüfens mit hoher „Leistungsgerechtigkeit“. Jeder und jedem gebühre modulleistungsgemäß das ihre oder seine. Tatsächlich läuft diese abstruse, aufs rasche Durchschleusen geeichte Lehr-Lernkonzeption darauf hinaus, dass die Lehrenden auf der einen Seite ihren mehr oder minder abgestandenen Wissensmist, jeweils mit dem nötigen Etikett versehen, in den Modulen ausbreiten. Die substantielle Beliebigkeit also bleibt – und damit die Willkür der Lehrenden, eine alte, berechnigte Kritik jedenfalls in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Der nun modularisierte Kanon der Kurz- und Lang-Curricula aber wird den ihm gnadenlos, sprich: zeitlich lückenlos, unterworfenen Studierenden von der Disziplinierung qua Dauerprüfung bis hin zu den vorgeschriebenen (!) Anwesenheitslisten tagtäglich eingetrichtert.

Studieren wies zuvor wenigstens Lichtflecken der eigenen Wahl, der fachübergreifenden Phantasie und der Lernlust auf. Diese sind nun dermaßen getilgt, dass allenfalls eine verschwindende Minderheit überdurchschnittlicher Studierender sich noch eigensinnig kreative Studienwege querbahnen kann – wider den curricular-examinatorischen Strich, nicht mit ihm. Das

pädagogisch gesicherte Erfahrungswissen, wonach Prüfungsleistungen ein reifes Produkt eines nicht sanktionsdurchsetzten Studiengangs sein müssen, wird schlicht und einfach pervertiert. Längst ist das sogenannte wissenschaftliche Studium eher einem Witz vergleichbar als dem darin enthaltenen Anspruch – und es wird emphatisch antiwissenschaftlich inszeniert. Der Witz entsteht aus der Fallhöhe zwischen Anspruch und Leistung! Von selbst versteht sich, dass das Evaluierungsgeschwätz in den Evaluierungskriterien und -indikatoren und in seinem Urteilsfundament unausgewiesen oder fragwürdig bleibt. Bei der „Evaluation“ der ostdeutschen Universitäten exerzierte der blinde Wissenschaftsrat das 1990/91 freilich schon vor.

Die Idee der Universität

Die mit Humboldt verbundenen Reformen vor bald 200 Jahren sind zum einen nie zureichend verwirklicht worden. Zum anderen können sie heute nicht mehr das hauptsächliche Muster der Orientierung bieten – tempora mutantur. In einer sich liberaldemokratisch-menschenrechtlich brüstenden Gesellschaft jedoch wäre es unabdingbar, übrigens sogar für ihr Überleben in Konkurrenz zu anderen, dass die Studierenden und ihr lernendes Wachstum im Mittelpunkt stünden. Das machte sie „wirklichkeits“- und sogar „ökonomietüchtig“. Das schmalspurige, nach außen starrende und von außen dirigierte Gegenteil ist an den Universitäten ohne Eigensinn der Fall. Selbst dem Versuch, neoliberale Zwinger zu bauen, gilt das alte Wort Lichtenbergs: „Wer nur Chemie versteht, versteht auch die nicht recht.“

Als großes Manko bleibt zu konstatieren: der Mangel einer heutigen Problemen gemäßen, der aktuellen politisch-akademischen Phantasielosigkeit und ihrem Verantwortungsmangel aber unzeitgemäßen „Idee“ und ideeentsprechenden Form der Universität. Um eine solche „Idee“ und ihre materiellen Formkonsequenzen angemessen zu fassen, sind vier Schritte zu kombinieren.

1. Das oder die Bildungsziele sind, indem ihre Kriterien ausgepackt werden, vorzustellen und zu begründen. Diese kann man, meiner Perspektive gemäß, dem neuhumanistischen Versprechen der deutschen Klassik eingedenk, in folgende Formel fassen: Zu jeder Person gehört, damit sie Person zu werden vermöge, eine kriterienbewusste, analytisch begründete Urteils- und Vorstellungskraft (für andere und anderes). Diese ist fachspezifisch und fachübersteigend (aus-)bildend zu entwickeln. Eine solche Urteils- und Vorstellungskraft als zentrale personale Qualität entspricht allein demokratisch-menschenrechtlichem Anspruch. Letzteren sollte man sonst, wohin er gegenwärtig weithin gehört, in die rationalisierende Propagandatüte stecken.

2. Eine in sich aufgabenentsprechend notwendig plurale „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“ ist wenigstens so weit zu formulieren – indem man den analytischen Spaten kräftig in die Hand nimmt und auch den Pickel auf der Seite liegen hat –, dass annäherungsweise und plausibel erkenntlich wird, welche Wirklichkeit(en) Lernende verstehen müssen, sollen sie mehr werden

als fachbornierte und etwas privilegierte Vorurteilsträger. Zugleich ist in disziplinierter Spekulation herauszufinden, auf welche „Wirklichkeiten“ die Studierenden in ihren Kompetenzen hin erzogen werden.

3. Aus der Geschichte der höheren Bildungsanstalten in Deutschland, wie noch Nietzsche formulierte, und anderwärts ist negativ und positiv zu lernen. Allein die Bildungsgeschichte der letzten vierzig Jahre, die ich überblicke, ist so reich an Fallen, Fehlern und Versäumnissen, jedoch auch an Lichtflecken und ekstatischen Augenblicken des aufrechten Gangs, die durch Bildung ermöglicht wurden, dass es eines der schlimmsten Versäumnisse der Gegenwart darstellt, einfach und je nach aktuellem politischen Gusto maßnahmen-irrational draufloszustochern. Darum sind all diese Ad-hoc-Reförmchen, selbst dort, wo sie richtig gemeint sind, jämmerliche Gewächse. Sie sind schon verwelkt, bevor sie überhaupt gepflückt worden sind.

4. Alle Normen und Ziele sind immer nur so gut, wie die (materiellen) Formen, die institutionalisierten Prozeduren, mit deren Hilfe sie verwirklicht werden sollen. Das ist das härteste Stück Arbeit, weil es am meisten etablierte, tief habitualisierte Interessen in Frage stellen muss.

Studentische Aktionsspielräume

Was tun? Ich bin abgrundtief darüber enttäuscht, dass unter den Professoren nicht einmal die Nuance einer Nuance widerständigen, ja auch nur widerwilligen Verhaltens zu erkennen ist. Als lernten Universitätsprofessoren, nach wie vor ungemein privilegiert, wie sie sind, nie und nimmer, dass sie die Universität, „ihre“ Universität, ihrer „Idee“ eingedenk, mit der Leidenschaft zur Sache der Universität, mit einem Verantwortungsbewusstsein, das zuerst den Studierenden gilt und mit Augenmaß fürs Mögliche und nicht primär fürs geltend Herrschaftsbornierte vorwärts verteidigen müssen. Das verlangte meist nur, beamtenhaft gesichert, wie sie sind, das bisschen, das kräftige bisschen des Kantschen, für Professoren geradezu zum kategorischen Imperativ werdenden Muts, sich ihres eigenen, geschulten, der verelendenden und entfremdeten Sache der Universität wider den Herrschaftsstrich gewidmeten Verstandes tatkräftig zu bedienen. Wo bleibt dieser Mut? Wo blieb er in der langen versagungsvollen Vergangenheit?

Was aber ist zu tun über diesen ohnmächtigen Appell hinaus?

Zum Ersten sollten die Studierenden nicht aufgeben, wenigstens an einer Brise der genannten Idee der Universität, ihrer Universität, zu arbeiten. Diese zu entwickeln, nützt ihnen nicht nur in ihrem eigenen Urteil. Sie nützt auch, um ein wenig mehr aus diesem, um seine Freiheit und Lernlust schier kassierten Studium zu machen. Selbst wenn es nur sechs Semester modularisiert mit dauerprüfenden Zertifikaten stattfinden sollte.

Zum Zweiten sollten Studierende das, was curricular und prüfungsordnungsgemäß angeboten wird, genau betrachten und, soweit möglich, phantasiereich zugleich. Ihre gezielte Phantasie sollte sich auf Modifikationen dieser neu-alten Ordnungen richten, auf Möglichkeiten, sie kollektiv und indivi-

duell um angemessenerer Lernprozesse willen zu unterwandern und solches auch von den Dozentinnen und Dozenten zu verlangen. Studium als subversive Aktion, was wäre das für ein Lernen in einer Gesellschaft voll der Herrschaftstäuschungen meist im geldglitzernden Gewande!

Zum Dritten sollten die Studierenden versuchen, die professoralen Positionsinhaber, und die Nichtinhaber, in eine wohl vorbereitete, immer erneut ansetzende Diskussion zu verwickeln, die unter anderem im Sinne des unter zweitens Genannten deren Mitmachen und Eigeninitiative beförderte.

Zum Vierten: Wenn es gelänge, das ist freilich angesichts der vielen Interessenspannungen zwischen den Studierenden nicht wahrscheinlich, sollten sie jedenfalls in Gruppen, die schutzgroß genug sind, das Mitmachen verweigern. Zum Beispiel beim Ausfüllen der wöchentlichen Anwesenheitslisten.

Zum Fünften sollten die Studierenden von den jeweiligen Leitungen des Fachbereichs, des Instituts, des Prüfungsausschusses und der Lehrplankommission zureichende und rechtzeitig erfolgende Information und Mitbestimmung verlangen. Nirgendwo sollten sie mitmachen, wo sie nicht – gemäß einem modisch gewordenen Bild – auf gleicher Augenhöhe mitentscheiden können.

Zum Sechsten sollten die Studierenden Kontakte zu anderen Fachbereichen und Universitäten suchen. Es gilt sich austauschend das nur „realpolitische Niveau“ zu verlassen, das ich bis jetzt in diesen abschließenden „Mach“-Punkten eingehalten habe. Den Anfang bildet der Dauerkampf gegen den Numerus clausus. Es ist längst an der Zeit, dass sich das Bundesverfassungsgericht mit dem NC befasst. Hoffentlich tut es dies dann so, dass es nicht hinter sein eigenes 72er-Urteil zurückfällt. Leider lässt sich das Verfassungsgericht zu oft allzu sehr auf die herrschende Situation ein. Auch darum gehört vermehrtes und in der kritischen Potenz verbessertes Klappern zum studentischen und, *spes contra spem*, zum professoralen Dauergeschäft.

All das, was ich kurz in Sachen einer neuen Idee oder neuer Ideen – der Bildung insgesamt, der Universität im Besonderen – apostrophiert habe, kostete, um sie zu entwickeln, zwar Anstrengung. Ein solcher Schweiß müsste jedoch nicht jahrelang ins Ungewisse hinab vergossen werden, wenn politisch und akademisch auch nur die Chance einer Chance eröffnet würde. Aktuell erscheint es freilich so, als sei eine demokratie- und grundrechtsgemäße Idee einer zeitgemäß-unzeitgemäßen Bildung der liebenswerten Figur des noch nicht lange verstorbenen Charles Schultz ähnlich. Charly Brown nämlich. *A born loser.*